

Stephan Pilsinger

- (A) dem Gesundheitsfonds für einige Vertragsformen gänzlich auszuschließen. Zudem wird im vorliegenden Entwurf darüber nachgedacht, Diagnosen von Hausärzten und Fachärzten künftig unterschiedlich zu bewerten. Darüber werden wir noch einmal reden müssen, wie die Kollegin Maag bereits ausgeführt hat.

Ich finde, wir sind auf einem guten Weg. Ich freue mich, in den Beratungen dieses Gesetz gemeinsam mit Ihnen zum Abschluss zu bringen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Kollege Pilsinger. – Damit schließe ich die Debatte.

Schönen guten Abend, liebe Kolleginnen und Kollegen, von mir! Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/15662, 19/9565, 19/15789 und 19/15790 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. – Es gibt keine weiteren Überweisungsvorschläge. Dann verfahren wir, wie vorgeschlagen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 19 a und 19 b sowie Zusatzpunkt 8 auf:

- 19 a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulle Schauws, Annalena Baerbock, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

(B)

Verantwortung für Frauen in Frauenhäusern übernehmen

Drucksache 19/15380

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Ulle Schauws, Annalena Baerbock, Katja Dörner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Beratungsangebote für gewaltbetroffene Frauen stärken

Drucksache 19/15379

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

- ZP 8 Beratung des Antrags der Abgeordneten Nicole Bauer, Katja Suding, Daniel Föst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Frauenhäuser als Teil des staatlichen Schutzauftrages wahrnehmen

Drucksache 19/15770

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (f)
Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz
Haushaltsausschuss

Für die Aussprache ist eine Dauer von 30 Minuten vorgesehen. – Ich höre und sehe keinen Widerspruch. (C)

Ich bitte, Platz zu nehmen, und eröffne die Aussprache. Das Wort hat Ulle Schauws für Bündnis 90/Die Grünen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ulle Schauws (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Am 25. November war der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen. Wie jedes Jahr wurde wieder beklagt, dass es um den Gewaltschutz für Frauen immer noch schlecht bestellt ist, dass die Kapazitäten zur Unterstützung von Frauen in den Frauenhäusern, in den Frauenberatungsstellen und bei Notrufen bei Weitem nicht ausreichen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will nicht mehr klagen. Ich will, dass sich endlich etwas ändert -

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und bei der LINKEN)

für die betroffenen Frauen, für die mitbetroffenen Kinder und auch für die überlasteten Mitarbeiterinnen in Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen.

Wir haben uns als Staat mit der Istanbul-Konvention verpflichtet, Gewalt gegen Frauen viel stärker zu bekämpfen. Der Bund ist hier zusammen mit den Ländern und Kommunen gefragt. Weiter die Schultern zu zucken und beim Gewaltschutz für Frauen allein die Länder für verantwortlich zu erklären, geht nicht mehr, und das wissen Sie alle. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir Grünen legen heute daher zwei wegweisende Anträge vor, die die notwendige Verantwortungsübernahme und Finanzierung von Gewaltschutz auch durch den Bund ermöglichen. Wir wollen, dass Gewaltschutz dauerhaft und besser finanziert wird.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An jedem dritten Tag wird eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner ermordet. Das macht mehr als deutlich, wie nötig bessere Prävention, Intervention und Unterstützung sind. Gerade hier spielen die Frauenberatungsstellen eine zentrale Rolle. Sie sind Anlaufstelle für gewaltbedrohte und -betroffene Frauen und Mädchen, aber auch für Angehörige und Fachkräfte, und darin wollen wir sie mit unserem Antrag zukünftig stärker unterstützen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn eine Frau Schutz vor Gewalt in einem Frauenhaus braucht, dann darf es keine Hürden geben. Das darf nicht scheitern an der Finanzierung, am Platzangebot, am Wohnort oder am Status der Betroffenen. Gewaltschutz geht vor.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Gülistan Yüksel [SPD])

Und – das sage ich mit Nachdruck – dies muss der Staat gewährleisten.

Ulle Schauws

- (A) Jede Frau, die von häuslicher oder partnerschaftlicher Gewalt betroffen ist, erhält nach unserem Vorschlag – unabhängig vom Einkommen und Vermögen, vom Herkunftsort, von der Wohnsituation oder vom Aufenthaltsstatus – einen Rechtsanspruch auf eine Geldleistung für den Zweck des Aufenthalts in einem Frauenhaus oder in einer vergleichbaren Schutzeinrichtung. Das gilt für eine geflüchtete Frau aus einer Unterkunft genauso wie für eine Studentin. Dieser Rechtsanspruch gilt für alle Frauen – ausnahmslos.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Es darf keine Zugangsvoraussetzungen beim Gewaltschutz geben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieser Rechtsanspruch stärkt Frauen, und er erzeugt Druck. Und der ist auch notwendig. Die Länder sind weiter in der Pflicht, den Aus- oder Umbau von Plätzen in Frauenhäusern voranzutreiben – insbesondere von Plätzen für Frauen mit Behinderung, für Mütter mit älteren Söhnen und anderen. Zu oft müssen Frauen derzeit von Frauenhäusern abgewiesen werden. Wir brauchen endlich gleichwertige und bedarfsgerechte Standards, und zwar bundesweit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Clou am Grünen-Vorschlag ist, dass der Bund 100 Prozent der Leistungen für die Unterbringung im Frauenhaus finanziert. Die Länder werden dadurch entlastet. Sie müssen ihrerseits die Verantwortung übernehmen und die freiwerdenden Mittel in mehr Plätze und vor allem in angemessenere Personalkosten investieren. So schaffen wir es schrittweise, bundesweit Unterstützungsangebote für Gewaltschutz auszubauen.

- (B) Zum Schluss: Wir begrüßen es, dass die Ministerin 30 Millionen Euro investive Mittel im Jahr einsetzt, aber da geht mehr. Der Bund steht in der politischen Verantwortung, gemeinsam mit den Ländern dauerhaft und ausreichend Gewaltschutz zu finanzieren.

In diesem Sinne: Lassen Sie uns gemeinsam gute Lösungen finden! Ich freue mich auf die Beratung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Ulle Schauws. – Nächste Rednerin: für die CDU/CSU-Fraktion Sylvia Pantel.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Sylvia Pantel (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Jeder einzelne Angriff und jede einzelne Gewalttat gegen einen anderen Menschen ist zu verabscheuen und durch nichts zu rechtfertigen; darin sind wir uns alle einig. Besonders schlimm ist die Gewaltausübung in der Familie oder in der familiären Umgebung. Leider findet Gewalt häufig gerade in aktuellen oder ehemaligen Partnerschaften statt.

- (C) Die kürzlich veröffentlichten Zahlen des Bundeskriminalamtes zur Partnerschaftsgewalt im Jahr 2018 sind für uns alle alarmierend. Die Anzahl der Opfer von partnerschaftlicher Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr erneut gestiegen. Im Jahr 2014 belief sich die Anzahl der Opfer auf 126 230. Vier Jahre später waren bereits 140 755 Personen betroffen. Über 80 Prozent dieser Opfer von häuslicher Gewalt waren im Jahr 2018 Frauen.

Es ist wichtig, dass wir über häusliche Gewalt sprechen, öffentliche Kampagnen unterstützen und keine Tabus akzeptieren, wenn es um Aufklärung und Hilfe geht.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genau!)

Wir bieten derzeit ein Bündel verschiedener Maßnahmen gegen Gewalt an, und viele von uns fragen sich, wieso die Anzahl der festgestellten Opfer von häuslicher Gewalt weiter steigt.

Eine Antwort könnte sein, dass sich die Scheu, diese Gewalttaten anzuzeigen, verringert hat. Eine andere Erklärung könnte sein, dass die Kritik der Soziologin Necla Kelek von Terre des Femmes zutrifft, die uns vorwirft, die kulturellen, religiösen und ethnischen Gründe dieser Gewalttaten gegen Frauen nicht ausreichend zu beleuchten. Wenn dem so wäre, benötigten wir eventuell andere Antworten und müssten wir mehr Prävention anbieten, um gegenzusteuern.

Mit dem bundesweiten Hilfetelefon gegen Gewalt an Frauen haben wir ein notwendiges und wichtiges niederschwelliges Angebot geschaffen. Dort können sich die Opfer zu jeder Zeit anonym, vertraulich, kompetent, sicher, barrierefrei beraten lassen – telefonisch, per Mail und Chat, kostenfrei in 17 Sprachen. Auf Wunsch kann eine Weitervermittlung an erreichbare Unterstützungseinrichtungen vor Ort erfolgen. Das Hilfetelefon berät überwiegend weibliche, aber auch männliche Opfer.

(D) Das 2002 in Kraft getretene Gewaltschutzgesetz schützt Opfer häuslicher Gewalt durch die Möglichkeit, erst einmal die eigene Wohnung zu nutzen, ohne sie mit der gewalttätigen Person teilen zu müssen und in Ruhe zu überlegen, was zu tun ist. Die Polizei kann dem Täter einen Platzverweis aus der Wohnung von bis zu 14 Tagen erteilen. Zudem können Opfer von häuslicher Gewalt per Eilverfahren die vorläufige Zuweisung der gemeinsamen Wohnung beim zuständigen Familiengericht beantragen. Ist der Täter oder die Täterin allein an der Wohnung berechtigt, so beträgt der Zeitraum der Zuweisung bis zu sechs Monate. Gelingt es dem Opfer während dieser Zeit nicht, eine Ersatzwohnung zu finden, kann das Gericht die Frist um höchstens sechs weitere Monate verlängern.

2016 haben wir mit der Reform des Sexualstrafrechts weitere Verschärfungen im Strafrecht in Bezug auf sexuelle Übergriffe gegenüber Frauen erreicht. In diesem Jahr wurden außerdem zwei wichtige Maßnahmen beschlossen, erstens dass eine diskrete Spurensicherung bei Misshandlungen und sexualisierter Gewalt von den gesetzlichen Krankenkassen finanziert wird und zweitens dass Traumaambulanzen für die von sexueller oder psychischer Gewalt Betroffenen zeitnah eingeführt werden sollen.

Sylvia Pantel

- (A) Um den Opfern besser helfen zu können, hat der Bund das Bundesinvestitionsprogramm „Gemeinsam gegen Gewalt an Frauen“ mit der Beteiligung der Länder ins Leben gerufen. In diesem Zusammenhang hat es bereits mehrere Treffen gegeben. Ziel des runden Tisches ist der bedarfsgerechte Ausbau von Frauenhäusern und ambulanten Hilfs- und Betreuungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen und ihre Kindern.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Für den Ausbau von Frauenhäusern und Beratungsstellen stellt der Bund in seinem Programm in den nächsten vier Jahren insgesamt 120 Millionen Euro bereit. Mit den Ländern soll geprüft werden, ob und inwieweit analog zum Unterhaltsvorschussgesetz eine vorläufige Übernahme der Kosten bei gleichzeitigem Übergang der Unterhaltsforderungen auf den Kostenträger verankert werden kann, um die Frauenhausbetreiber nicht auf den Kosten sitzen zu lassen. Diese Maßnahmen sollen weitere Lücken im Hilfesystem schließen und den Zugang für die Opfer verbessern. Die Bundesmittel für den Ausbau von zusätzlichen Frauenhausplätzen sollen auch den barrierefreien Ausbau von Frauenhäusern voranbringen.

Im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stehen aktuell 16 Stellen für den Schutz von Frauen vor Gewalt zur Verfügung. Derzeit wird durch das Deutsche Institut für Menschenrechte eine Konzeption für die Ausgestaltung und das Aufgabenprofil einer unabhängigen Monitoringstelle zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erarbeitet. Diese Monitoringstelle soll nach aktuellem Stand in 2020 seine Arbeit aufnehmen.

(B)

(Beifall bei der CDU/CSU)

Zudem haben wir durch die intensiven Gespräche mit dem federführenden Bundesinnenministerium erreicht, dass die Adressen für schutzsuchende Frauen in Frauenhäusern einer automatischen Auskunftssperre unterliegen.

Wir haben zusätzliche Mittel zur Errichtung einer digitalen Plattform zur besseren Vermittlung von Frauenhausplätzen eingesetzt. Die Umsetzung ist deshalb schwierig, da die Frauenhäuser in der Zuständigkeit der Länder liegen, und wir sind auch da auf die freiwillige Mitwirkung dieser angewiesen.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigung, haben Sie den Antrag gelesen?)

– Ja, den haben wir gelesen, na selbstverständlich.

(Ulle Schauws [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich dachte nur –)

Wir zeigen hier auf, dass wir nicht untätig sind, dass wir eine ganze Menge an Maßnahmen getroffen haben. Ich war auch bei den Gesprächen dabei und habe gesehen, wie schwierig es ist, die Interessen der unterschiedlichen Länder zusammenzuführen, und das machen wir gerade.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Katja Dörner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deswegen machen wir ja einen konkreten Vorschlag, der funktioniert!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

(C)

Kommen Sie bitte zum Ende.

Sylvia Pantel (CDU/CSU):

Sie haben gehört, dass wir eine ganze Menge vereinbart und auch schon beschlossen haben, dass die Maßnahmen jetzt greifen, wir die Gelder zur Verfügung gestellt haben. Wir sehen die Not der Frauen, und wir helfen und arbeiten daran, Verbesserungen mit den Ländern gemeinsam auf den Weg zu bringen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Sylvia Pantel. – Nächste Rednerin: für die AfD-Fraktion Mariana Harder-Kühnel.

(Beifall bei der AfD)

Mariana Iris Harder-Kühnel (AfD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Gewalt gegen Frauen ist ein großes Problem, und sie nimmt in den letzten Jahren dramatisch zu. Jede dritte Frau in Deutschland ist in ihrem Leben mindestens einmal von Gewalt betroffen. In jeder Stunde wird eine Frau hierzulande Opfer von Gewalt, und an jedem dritten Tag stirbt eine Frau an den Folgen dieser Gewalt. Oft gibt es nur einen Zufluchtsort: Frauenhäuser. Jährlich finden rund 16 000 Frauen hier Schutz, und sie bringen etwa ebenso viele Kinder mit, die leider oft selbst Opfer wurden. (D)

Aber nicht immer wird diese Zuflucht gewährt. Es fehlen Zehntausende von Plätzen, und dieser Platzmangel ist häufig tödlich. Grund: fehlende räumliche Kapazitäten, fehlende Finanzierung, bürokratischer Ballast. Nun stellt sich die Frage, wie man diese eklatanten Probleme lösen kann. Man kann natürlich immer mehr finanzielle Mittel für Frauenhäuser, einen Rechtsanspruch auf zusätzliche Geldmittel für die betroffenen Frauen und immer mehr Bürokratie fordern – kann und muss man kurzfristig auch, um den betroffenen Frauen und Kindern Schutz zu gewährleisten.

(Beifall bei der AfD)

Aber dies wird an den Ursachen für die steigende Gewalt gegenüber Frauen und Kindern nichts ändern. Man muss die Probleme an der Wurzel packen, indem man ein gesellschaftliches Klima schafft, in dem nicht immer mehr und mehr Frauen mit ihren Kindern gezwungen sind, Zuflucht in Frauenhäusern zu suchen.

(Beifall bei der AfD)

Das langfristige Ziel sollten nicht mehr und mehr Frauenhausplätze sein. Das langfristige Ziel sollte sein, dass immer weniger Frauenhausplätze benötigt werden.

(Beifall des Abg. Martin Reichardt [AfD])

Denn jede Frau, die mit ihren Kindern in einem Frauenhaus Schutz suchen muss, ist ein Zeichen der Kapitulation unserer Gesellschaft vor Schlägern und vor Mördern.

Mariana Iris Harder-Kühnel

- (A) (Beifall bei der AfD – Marianne Schieder [SPD]: Das sind Flüchtlinge, oder?)

Und es ist Ihre Politik, die ein Klima der Gewalt gegen Frauen massiv begünstigt.

(Ulli Nissen [SPD]: Jetzt geht es wieder los!)

– Hören Sie gut zu! Wer Frauen schützen will, der muss sich auch ideologiefrei mit den Ursachen für die angestiegene Gewalt gegenüber Frauen und Kindern in Deutschland auseinandersetzen.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Ideologiefrei? Ihr wisst gar nicht, wie das geht! Da würde ich sagen: Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Atombomben werfen!)

Die Fakten liegen auf dem Tisch: Gegen Frauen gerichtete Gewalt wird stark überproportional von Migranten begangen.

(Beifall bei der AfD – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Bei einem Ausländeranteil von nur 12 Prozent an der Gesamtbevölkerung sind 33 Prozent der Täter häuslicher Gewalt Migranten, und dabei wird die Zahl deutscher Staatsbürger mit Migrationshintergrund noch nicht einmal erfasst.

Weitere Fakten gefällig? Fast 70 Prozent der Frauen in Frauenhäusern haben Migrationshintergrund.

- (B) (Marianne Schieder [SPD]: Und wenn sie nicht gestorben sind, so leben sie noch morgen!)

Vor sieben Jahren waren es nicht einmal die Hälfte. Es ist Ihre Politik der grenzenlosen Migration, die millionenfach archaische Vorstellungen nach Deutschland gebracht hat,

(Beifall bei der AfD)

die Mädchen und Frauen zu Menschen zweiter Klasse degradiert – Menschen zweiter Klasse, die nach Belieben begripscht, geschlagen und zur Verteidigung der sogenannten Familienehre sogar getötet werden dürfen und deshalb Schutz suchen müssen.

(Sönke Rix [SPD]: Wie kommen Sie eigentlich zu „grenzenloser Migration“?)

Nun werfen Sie mir bitte nicht vor, ich würde mit Fakten hetzen. Selbst die grüne Heinrich-Böll-Stiftung gibt unumwunden zu, dass beispielsweise fast alle Ehrenmorde auf das Konto von Migranten gehen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt keine „Ehrenmorde“! – Gegenruf des Abg. Frank Pasemann [AfD]: Hören Sie doch mal zu! Mein Gott!)

Also seien Sie nicht realitätsferner als Ihre eigene Stiftung! Kinderehen, Zwangsehen, Ehrenmorde, Genitalverstümmelungen – all das, meine Damen und Herren, hat mit Migration aus archaisch geprägten Kulturen zu tun.

- (C) (Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es gibt keine „Ehrenmorde“!)

Auch und vor allem deshalb platzen Frauenhäuser aus allen Nähten.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zuerst diese Hetze und dann das Wort „Ehrenmorde“!)

Wer aus Gründen devoter Kultursensibilität, politischer Korrektheit oder schlicht ideologischer Feigheit absichtlich ganze Tätergruppen und deren kulturelle und religiöse Hintergründe ausblendet, der befördert eine Kultur der Gewalt gegen Frauen.

(Beifall bei der AfD)

Also hören Sie endlich auf mit Ihrer verlogenen Multi-kulti-Romantik! Gerade diejenigen auf der linken Seite, die sich so gerne als Frauenrechtlerinnen bezeichnen, betreiben eine Politik, die archaische Vorstellungen und die Unterdrückung der Frau millionenfach nach Deutschland holt.

(Beifall bei der AfD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Was haben Sie denn geraucht?)

Sie gefährden damit unsere über Jahrhunderte erkämpften Freiheiten.

(Kerstin Tack [SPD]: Aufhören! Aufhören!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Kommen Sie bitte zum Schluss.

(D)

Mariana Iris Harder-Kühnel (AfD):

Wachen Sie endlich auf!

(Beifall bei der AfD – Kerstin Tack [SPD]: Mann!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Nächste Rednerin: für die SPD-Fraktion Gülistan Yüksel.

(Beifall bei der SPD)

Gülistan Yüksel (SPD):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, diese Rede muss man nicht mehr kommentieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, der FDP, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf von der AfD: Nein, stimmt! Es war die Wahrheit! – Weiterer Zuruf von der AfD: Wird Hundertausende Mal angeschaut, wetten?)

Gewalt gegen Frauen wird zu oft immer noch als eine Privatsache gesehen, weil sie meist hinter verschlossenen Türen stattfindet. Ich sage: Gewalt ist kein Privatproblem. Gewalt geht uns alle an, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN – Zuruf von der AfD: Kümmert euch doch mal drum! –

Gülistan Yüksel

- (A) Weiterer Zuruf von der AfD: Das haben Sie die ganze Zeit nicht gemacht!)
 – Hören Sie einfach mal zu!
 (Martin Reichardt [AfD]: Nein, das haben Sie doch auch nicht gemacht! Warum sollen wir das machen?)
 – Ich habe die ganze Zeit zugehört. Wenn Sie geguckt hätten, hätten Sie es gesehen.
 (Martin Reichardt [AfD]: Dann gucken Sie mal in Ihre Fraktion! – Weiterer Zuruf von der AfD: Hören Sie auf, zu pöbeln!)

Ich sage: Gewalt gegen Frauen, ob physische oder psychische, ist eine der schwersten Menschenrechtsverletzungen und eine der am weitesten verbreiteten Straftaten.

Dazu gehört auch die digitale Gewalt. Im Netz sind besonders Frauen Zielscheibe von Hassrede und Beleidigungen, von Rufschädigung und Erpressung. Wir alle sind aufgerufen, den betroffenen Mädchen und Frauen beizustehen. Wir müssen eine starke Stimme sein für eine gesellschaftliche und rechtliche Gleichstellung und die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen.

Gestern haben wir uns im Familienausschuss mit einer Vertreterin der Gewaltschutzambulanz der Charité ausgetauscht. Uns wurden Zahlen vorgelegt, dass nur etwas mehr als die Hälfte aller Frauen, die Opfer von Gewalt wurden, ihre Täter anschließend anzeigen. Warum? Sie scheuen den Gang zu einer Behörde oder der Polizei aus zwei Gründen: aus Angst vor dem Täter und aus Scham.

- (B) Die vom Bundeskriminalamt vorgelegten Zahlen zu Gewalt in der Partnerschaft legen nahe, dass wir alle eine Frau kennen, die von Gewalt betroffen ist. Wir müssen Strukturen schaffen, um Strafverfolgung durchzusetzen. Wir müssen den Frauen die Angst und die Scham nehmen und ihnen helfen, die Gewaltspirale zu durchbrechen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir müssen sie ermutigen, das Schweigen zu brechen, sich Hilfe zu holen und Gewalt anzuzeigen. Es ist in meinen Augen unerlässlich, dass wir hier über Partei- und Ländergrenzen hinweg zusammenarbeiten. Gewalt gegen Frauen muss von uns allen, Politik und Gesellschaft, gemeinsam bekämpft werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP – Zuruf von der AfD: Dann tut es doch!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind uns einig: Keine Frau darf wegen Platzmangels an einem Frauenhaus abgewiesen werden.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb haben wir im Koalitionsvertrag festgeschrieben, einen runden Tisch einzuberufen, um von Gewalt betroffenen Frauen und Kindern den gesicherten Zugang zu Schutz und Beratung in Frauenhäusern zu ermöglichen. Ich möchte unserer Frauenministerin Giffey für ihren

Einsatz und die Einberufung des runden Tisches an dieser Stelle ganz herzlich danken. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Endlich sitzen Bund, Länder und Kommunen an einem Tisch, um gemeinsam den Ausbau und die finanzielle Absicherung der Arbeit von Frauenhäusern und ambulanten Hilfs- und Betreuungseinrichtungen anzugehen. Zentrales Ziel der Gespräche sind Selbstverpflichtungen aller Beteiligten zur Weiterentwicklung der Unterstützungsangebote. Dabei sollen auch weiter gehende bundesgesetzliche Lösungen für ein einheitliches Vorgehen im Notfall gemeinsam geprüft werden, zum Beispiel in Form einer Kostenübernahme für die Unterbringung im Frauenhaus oder in Form eines Rechtsanspruches auf Schutz und Beratung.

(Martin Hebner [AfD]: Und was ist mit Prophylaxe?)

Hierbei bedarf es einer sorgfältig geprüften und vorbereiteten Lösung seitens aller Beteiligten. Wir brauchen eine gemeinsame Strategie, um im Sinne der Frauen und Mädchen zu handeln. Die Anträge heben zu Recht hervor, dass wir nur mit den Ländern und Kommunen etwas erreichen können, da sie in unserem föderalen System dafür zuständig sind.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, 2017 hat Deutschland die Istanbul-Konvention ratifiziert. Sie ist das wichtigste internationale Rechtsinstrument gegen Gewalt an Frauen in Europa. Mit ihr verpflichten wir uns, ausreichende Maßnahmen zur Bekämpfung von Gewalt unter anderem in den Bereichen Prävention, Schutz, Beratung, Strafverfolgung und Monitoring zu ergreifen. (D)

Wir haben in den letzten Jahren zusammen im Kampf gegen die Gewalt einiges erreicht. Durch unseren uner müdlichen Einsatz wird nun eine unabhängige Monitoringstelle eingerichtet. Im Bundeshaushalt sind hierfür 800 000 Euro bereitgestellt worden. Diese Stelle überwacht die Maßnahmen der Gewaltbekämpfung und des Gewaltschutzes und schlägt gegebenenfalls Verbesserungen vor. Die Arbeit der Monitoringstelle ist menschenrechtsbasiert, das heißt, sie stellt immer die betroffenen Frauen als Rechtsträgerinnen in den Mittelpunkt.

Wir haben ein niedrigschwelliges und barrierefreies Hilfetelefon eingerichtet – ich glaube, das kann man ganz deutlich sagen –: 08000 116 016.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Bettina Margarethe Wiesmann [CDU/CSU])

Wir haben das Sexualstrafrecht reformiert hin zum Prinzip „Nein heißt Nein“,

(Beifall bei der SPD)

und wir haben die Kostenübernahme für Leistungen der anonymisierten Spurensicherung abgesichert.

(Beifall des Abg. Sönke Rix [SPD])

Zudem fördert der Bund seit 2017 ein Modellprojekt, welches die Länder dabei unterstützt, die bestehenden

Gülistan Yüksel

- (A) Hilfesysteme zu optimieren und an Bedarfe anzupassen; der Abschlussbericht wird im nächsten Frühjahr vorgelegt. Vor zwei Wochen ist die bundesweite Öffentlichkeitskampagne „Stärker als Gewalt“ gestartet. Außerdem wird der Bund in den kommenden vier Jahren insgesamt 120 Millionen Euro in ein Bundesförderprogramm investieren. Dabei geht es um die Sanierung und den Ausbau von Frauenhäusern, insbesondere um den barrierefreien Ausbau, neue räumliche Kapazitäten sowie innovative Wohnformen.

Sie sehen: Viele der von Ihnen hier geforderten Punkte gehen wir bereits an.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Lassen Sie uns also gemeinsam dafür kämpfen, dass Gewalt – in welcher Form auch immer – in unserer Gesellschaft keinen Platz hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Ulli Nissen [SPD]: Sehr gut!)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Gülistan Yüksel. – Nächste Rednerin: für die FDP-Fraktion Nicole Bauer.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Ingrid Pahlmann [CDU/CSU])

- (B) **Nicole Bauer (FDP):**

Montags, donnerstags, sonntags – jeden dritten Tag wird eine Frau von ihrem Partner oder Ex-Partner getötet. Schwere Misshandlungen und andere körperliche Verletzungen finden jeden Tag mehrmals statt, mitten in unserer Gesellschaft. Das ist eine unvorstellbare Größenordnung für ein modernes Land wie Deutschland. Dabei ist das nur die Spitze des Eisbergs. Die Demütigungen, die verbalen Erniedrigungen, die Spyware auf dem Handy – all das beginnt schon lange, lange vorher.

Gewalt hat also viele Gesichter, und jede hinterlässt Spuren. Das eigene Zuhause ist für viele Frauen ein gefährlicher Ort, die Flucht ins Frauenhaus oft der einzige Ausweg und gleichzeitig der erste Schritt aus der häuslichen Gewalt – wenn, ja wenn dort ein Platz frei ist. Aktuell wird jede zweite Frau abgewiesen. Diesen Zustand, meine Damen und Herren, müssen wir schnellstens beenden.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Menschen, die häusliche Gewalt erleben und Schutz suchen, müssen Schutz finden. Wir dürfen hier als Politik nicht länger versagen.

(Beifall bei der FDP)

Die Bundesregierung kommt ihrer Aufgabe bei der Umsetzung der Istanbul-Konvention nicht nach. Es gibt immer noch Landkreise im ganzen Bundesgebiet, die sagen,

sie bräuchten überhaupt keine Frauenhausplätze. Wachen Sie endlich auf, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD – Marianne Schieder [SPD]: Sie kennen den Föderalismus?)

Ein entschiedenes Nein zu jeglicher Form von Gewalt, das erwarte ich mir, auch *trotz* Föderalismus,

(Beifall bei der FDP)

und dazu konkrete Lösungen:

Erstens. Wir müssen die massive Unterversorgung angehen. Wir brauchen mehr Frauenhausplätze, und zwar regional verteilt und an den wirklichen Bedarfen orientiert. 2,5 Plätze pro 10 000 Einwohner, das ist eine klare Zielgröße. Es geht aber weiter: Mehr Frauenhausplätze erfordern zugleich mehr Personal; wir kennen das aus dem Kitabereich. Frauen haben besondere Bedürfnisse. Das ist also die Voraussetzung, damit wir eine gute und individuelle Unterstützung gewährleisten können, und deshalb setzen wir uns dafür ein.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens muss Frau Giffey endlich die Ergebnisse des runden Tisches vorlegen. Die eklatanten Finanzierungsfragen sind aktuell nicht geklärt. Gewalt macht nun einmal nicht an den Ländergrenzen halt.

(Beifall bei der FDP)

Wir brauchen deshalb ein einheitliches System der Kostenerstattung. (D)

Und wir brauchen – drittens – vor allem eine ganzheitliche Strategie des Bundes zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft, inklusive Koordination, Monitoring und Präventionsarbeit. Dann – und nur dann – haben wir einen ersten großen Schritt erreicht und können uns über einen Rechtsanspruch unterhalten.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Nicole Bauer. – Nächste Rednerin: Cornelia Möhring für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

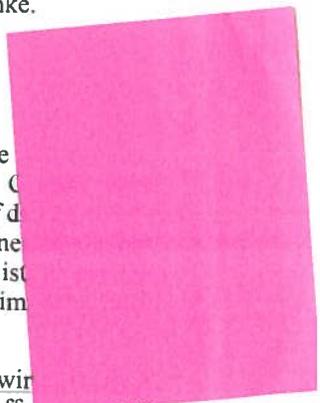
Cornelia Möhring (DIE LINKE):

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Liebe und Kollegen! Erst einmal Danke an die CDU für ihr den TOP „Frauenhausfinanzierung“ auf die Agenda zu holt. Ob allerdings euer Vorschlag einen Rechtsanspruch wirklich die Lösung ist, bin ich sehr skeptisch. Aber das werden wir ja im Laufe der Zeit weiter beraten.

Für Die Linke ist klar: Alle – und zwar wir Frauen, die von Partnerschaftsgewalt betroffen sind, und ihre Kinder brauchen einen Platz im Frauenhaus, und zwar unbürokratisch, barrierefrei, sicher und schnell.

(Beifall bei der LINKEN)

Erst
Anspruch,
dann
Rechtsanspruch



Cornelia Möhring

- (A) Die Pflichtaufgabe des Staates, Bürgerinnen vor Gewalt zu schützen, wird hier ganz offensichtlich nicht ausreichend erfüllt. Auch die Umsetzung der Istanbul-Konvention des Europarats läuft eher schleppend an und hat mit der Einrichtung der Monitoringstelle und der Zurverfügungstellung von Geldern gerade erst begonnen. Es gibt also keinen Grund, sich dafür jetzt schon abzufeiern, wie ich finde.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, es gibt das Gewaltschutzgesetz, es gibt das Hilfefon, es gibt Mittel im Haushalt für dringende Investitionen und auch wieder eine neue Kampagne gegen Gewalt. Das ist alles sinnvoll; überhaupt keine Frage. Es fehlen allerdings mindestens 15 000 Frauenhausplätze, und auch die anderen notwendigen Bereiche des Hilfesystems wie Beratungsstellen oder Gewaltschutzambulanzen sind am Limit und müssen jedes Jahr erneut um ihre Existenz bangen.

Jetzt haben wir schon einige Zahlen gehört, aber ich kann es Ihnen nicht ersparen, sie zu wiederholen und noch einen draufzusetzen; denn Deutschland ist im europäischen Vergleich ein überdurchschnittlich gefährliches Land für Frauen.

(Martin Hebner [AfD]: Seit wann?)

Wir haben gehört: Jeden dritten Tag wird eine Frau getötet, jeden Tag gibt es einen Tötungsversuch. Im Jahr 2018 gab es 9 324 Opfer von Vergewaltigung, sexueller Nötigung oder schweren sexuellen Übergriffen. Das sind 25 Taten täglich! Die Täter sind Männer, und sie kommen meist aus dem sogenannten Nahfeld der Frauen. Es sind Männer aus allen Berufen, Einkommensgruppen, aller Bildungshintergründe und Nationalitäten. Männer quälen und schlagen ihre Frauen, mit Folgen bis hin zum Tod. Es handelt sich dabei nicht um Familientragödien oder Eifersuchtsdramen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben ein massives strukturelles Problem mit Gewalt gegen Frauen in unserer Gesellschaft. Diese Gewaltstrukturen werden auch von Personen aufrechterhalten, zum Beispiel immer dann, wenn Richter Verständnis mit dem mordenden Mann haben und Eifersucht als strafmildernd und nicht als strafverschärfend ansehen, immer dann, wenn Medien verharmlosend über einen Mord als „Familientragödie“ schreiben, immer dann, wenn Frauen von Polizei und Staatsanwaltschaft eine Mitschuld unterstellt wird. Und wenn die Politik nicht genug tut, dann wird diese Gewalt zu institutioneller Gewalt und damit außerordentlich gefährlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich finde, liebe Kolleginnen und Kollegen, bei einem solch krassen gesellschaftlichen Problem wie diesem wäre es jetzt wirklich an der Zeit, dass die Regierung ressortübergreifend gemeinsam handelt und das beschleunigt,

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

und zwar unter anderem mit der konsequenten Umsetzung der Istanbul-Konvention; die muss nämlich Aufgabe der gesamten Regierung und des Parlamentes sein.

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Denken Sie an die Redezeit.

(C)

Cornelia Möhring (DIE LINKE):

Ja, ich komme zum letzten Satz. – Die bedarfsgerechte Finanzierung der Frauenhäuser ist ein sehr wichtiger Baustein für die Lösung.

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Sönke Rix [SPD])

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Cornelia Möhring. – Letzte Rednerin in dieser Debatte: Silvia Breher für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Silvia Breher (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Ganz ehrlich: Erst mal vielen Dank für diese Debatte; denn wir alle sind gemeinsam stark gegen Gewalt an Frauen. Diese Debatte, dieses Thema gehört einfach in die Öffentlichkeit. Das ist so ein wichtiges Thema, und – es wurde schon gesagt – das findet hinter verschlossenen Türen statt. Das findet in den eigenen vier Wänden statt. Die Frauen, die betroffen sind in diesem Land, haben es verdient, dass wir darüber ganz laut und deutlich sprechen und dass die Debatte in diesem Haus stattfindet.

(D)

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle möchte ich mich bedanken, bedanken bei den vielen Mitarbeitern in den Frauenhäusern und in den verschiedenen Beratungseinrichtungen für von Gewalt betroffene Frauen – sei es hauptamtlich oder ehrenamtlich –, wie auch bei mir im Wahlkreis im Frauenhaus in Vechta mit den Frauen des SkF. Diese vielen Ehrenamtlichen und auch Hauptamtlichen leisten einen riesigen Dienst für die Frauen. An dieser Stelle ein ganz großes Dankeschön für ihre Arbeit!

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Die Kriminalstatistik wurde schon genannt. Jede vierte Frau – laut offizieller Statistik – wird in ihrem Leben einmal Opfer von Partnerschaftsgewalt. Die Dunkelziffer ist wesentlich höher. Jede vierte Frau! Wenn wir hier durch die Reihen gucken, können wir feststellen – das garantiere ich Ihnen –: Auch eine der Frauen, die hier sitzen, wird davon betroffen sein. – Diese Frauen sind zu 70,6 Prozent – die offizielle Zahl – deutsche Staatsangehörige. Frau Kollegin Harder-Kühnel, ganz ehrlich: Ihre Rede verhöhnt die Opfer.

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Widerspruch bei der AfD)

Silvia Breher

(A) Niemand von uns in diesem Haus grenzt irgendein Opfer aus.

(Martin Reichardt [AfD]: Ja, selbstverständlich grenzen Sie aus! Sie sagen nicht die Wahrheit!)

Niemand von uns in diesem Haus grenzt irgendetwas bei diesem Thema aus. Die Einzige, die heute Abend etwas ausgegrenzt hat, sind Sie,

(Beifall bei der CDU/CSU, der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Martin Reichardt [AfD]: Sie wollen doch nur billige PR, indem Sie die Wahrheit verschweigen! – Gegenruf der Abg. Marianne Schieder [SPD]: Solch eine Aggressivität bei so einem Thema von einem Mann!)

indem Sie einfach nur den Blick auf die Täter richten, einen kleinen Bruchteil der Täter, und das lassen wir nicht zu. Ich bin nicht bereit, wir alle in diesem Haus – bis auf Sie – sind nicht bereit, dieses Problem hinzunehmen. Wir sehen uns alle Frauen an, die betroffen sind von partnerschaftlicher Gewalt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich freue mich und bin wirklich dankbar, dass die Bundesregierung mit unserer Ministerin das Aktionsprogramm auf den Weg gebracht hat, und zwar mit einer umfassenden Strategie zu Prävention, Unterstützung der von Gewalt betroffenen Frauen, aber eben auch der Kinder, und Verbesserung der gesamten Hilfsstrukturen. Und ja, wir brauchen mehr Frauenhäuser. Wir brauchen mehr Plätze für Frauen und ihre Kinder.

(B)

(Martin Reichardt [AfD]: Ihr seid in der Regierung! – Weiterer Zuruf von der AfD: Dann mach doch mal!)

Aber das haben wir auf den Weg gebracht, was Sie wüssten, wenn Sie beim Haushalt aufgepasst hätten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Jeweils 30 Millionen Euro in den nächsten vier Jahren! Damit werden neue Plätze geschaffen.

Und ja, es gibt ein Problem bei der Kostenübernahme, wenn Frauen von einem Bundesland ins nächste gehen. Und ja, es gibt ein Problem, das organisatorisch hinzubekommen. Aber auch daran arbeiten wir. Da spielen nämlich die verschiedenen Ebenen eine Rolle: Bund, Länder, Kommunen. Genau dafür haben wir den runden Tisch eingerichtet, und das ist richtig so. Denn da geht es darum: Wie führen wir einen bedarfsgerechten Ausbau durch in den nächsten Jahren?

(Martin Reichardt [AfD]: Bedarfsgerechter Ausbau! Runder Tisch! Ganz genau!)

Insbesondere geht es darum, die Bundesländer mit an den Tisch zu holen, um zu klären: Wie schaffen wir es, dass die Gelder über Bundeslandgrenzen erstattet werden? Eine Mustervereinbarung ist in der Diskussion.

(Martin Reichardt [AfD]: Phrasensammeln ist das hier!) (C)

Wir wollen uns aber auch um eine Lösung kümmern, wenn es so nicht klappt; ich bin dabei. Dann machen wir den Unterhaltsvorschuss analog für die Frauen, die ins Frauenhaus gehen. Das ist ein Thema der Zukunft. Aber wir versuchen, das hinzubekommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Ich kann natürlich Ihre Ungeduld bei diesem Thema verstehen. Absolut! Ich bin auch total ungeduldig bei diesem Thema. Aber ein Beispiel: die digitale Plattform. Die Frauenhäuser wissen nämlich nicht: Wo ist ein freier Platz? Sie müssen abtelefonieren, mühsam suchen, wo ein freier Platz ist. Ja, es gibt einzelne Bereiche, in denen das geht; aber in der Regel geht es nicht. Dafür wollen wir diese digitale Plattform in Kooperation mit den Bundesländern.

Ich kann echt nur an Sie alle, die in Regierungsverantwortung in den Ländern sind, appellieren: Ich weiß nicht, was daran so schwer ist. Eine Ampel mit rot, grün und gelb ist doch einfach einzurichten. Aber die Bundesländer scheinen dafür ein bisschen länger zu brauchen und andere Vorstellungen zu haben. Insofern: Helfen Sie mit, dass wir diese Themen auf den Weg bekommen! All die Dinge, die Sie angesprochen haben, haben wir angesprochen, sind auf dem Weg.

(Enrico Komning [AfD]: Auf einem guten Weg!) (D)

Ganz zum Schluss noch ein kurzes Wort: Es gibt auch von partnerschaftlicher Gewalt betroffene Männer. Auch wenn es heute nicht das Thema ist: Das ist nicht zu unterschätzen. Das werden wir im Blick behalten, und auch darum werden wir uns kümmern.

(Enrico Komning [AfD]: Männerhäuser schaffen!)

Wir haben vieles auf den Weg gebracht. Wir haben diese Themen im Blick. Deswegen lassen Sie uns gemeinsam dafür streiten, dass wir Besserungen auf den Weg bekommen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Claudia Roth:

Vielen Dank, Silvia Breher. – Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 19/15380, 19/15379 und 19/15770 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Gibt es weitere Überweisungsvorschläge? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir wie vorgeschlagen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 20 sowie Zusatzpunkt 9 auf: